

info0125

Zweimonatige Informationen der AG International Dorfen ★ Jan/Feb 2025

„Wir sind Teil Syriens und wollen Teil der Lösung sein“

Der PYD-Politiker Salih Muslim über die Lage in Syrien

Mit dem Sturz des 61 Jahre herrschenden Assad-Regimes durch die Islamistengruppe HTS veränderten sich die Machtbalancen in Syrien tiefgreifend. Der türkische Staat versucht die Gelegenheit zu nutzen, um die Demokratische Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien (DAA-NES) zu vernichten. Das erste Land, das mit der HTS offiziell Kontakt aufnahm, war die Türkei. Ibrahim Kalin, Leiter des türkischen Geheimdienstes MIT, und Außenminister Hakan Fidan trafen am 22. Dezember in Damaskus den HTS-Anführer Muhammad al-Dscholani, der inzwischen

wieder unter seinem bürgerlichen Namen Ahmed al-Scharaa auftritt.

Ankara versucht Gespräche mit Selbstverwaltung zu verhindern

Der kurdische Politiker Salih Muslim, Vorstandsmitglied der Partei der demokratischen Einheit (PYD), erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur Mezopotamya (MA) zu dem Treffen: „Wir wissen nicht genau, was bei den Gesprächen der Türkei mit Damaskus besprochen wurde. Es scheint jedoch, dass die Türkei

Die aktuelle Lage in Rojava und Syrien

Veranstaltung mit Kerem Schamberger, Autor und Aktivist

Die Assad-Herrschaft ist passé, jetzt wird Syrien neu geordnet. Können sich die Selbstverwaltungsgebiete im Norden und Osten Syriens behaupten? Wird Syrien zu einem islamistischen Staat? Welche Rolle spielen die Türkei, die USA und andere Staaten dabei?

Montag, 20.1.25, 19:30
GIKS, Kirchtorpl. 4, Dorfen

Allein machen sie dich ein ...

Deshalb solltest du dich mit Gleichgesinnten zusammenschließen, zum Reden, Lernen, Handeln - z.B. mit uns? Interesse? Dann schreib uns oder sprich uns auf Veranstaltungen an.

Das **info** der Arbeitsgemeinschaft International Dorfen erscheint jeden ungeraden Monat und ist gratis. Es liegt in Kneipen und Läden in Dorfen und Umgebung aus und kann auf agi-dorfen.org/info heruntergeladen werden.

Wer Termine oder Texte in diesem **info** veröffentlichen will, schickt dies bitte per E-Mail an info@agi-dorfen.org. Wir behalten uns jedoch vor, zugesendetes Material aus inhaltlichen oder technischen Gründen nicht zu veröffentlichen.

Herausgeberin:
AG International Dorfen

Internet:
www.agi-dorfen.org

Kontakt:
info@agi-dorfen.org

V.i.S.d.P.:
Stefan Brandhuber
Mühlangerstr. 12
84405 Dorfen

*Eigendruck im
Selbstverlag*

die Botschaft vermittelt: ‚Setzt euch nicht mit den Kurden zusammen und nehmt keine Beziehungen zur Selbstverwaltung auf.‘ Die Zerstörung der kurdischen Errungenschaften steht im Mittelpunkt ihrer gesamten Politik.“

„Die Türkei will Syrien kontrollieren“

Auch wenn die Türkei davon rede, dass sie Frieden in Syrien wolle, sei ihre Ernsthaftigkeit grundsätzlich infrage zu stellen, erklärte Muslim und fuhr fort: „Die Türkei sagt, sie wolle ein Syrien ohne Terror. Ihre Definition von ‚terroristisch‘ umfasst jedoch auch das kurdische Volk und die Kräfte der Selbstverwaltung, die friedlich in der Region existieren. Sie bezeichnet die YPG und die QSD schamlos als Terroristen und greift unter diesem Vorwand Syrien an. Das ist absolut inakzeptabel. Die türkische Politik ähnelt derjenigen Frankreichs zur Mandatszeit in Syrien. Heute will die Türkei Syrien mit aller Gewalt unter ihre Kontrolle bringen. Das ist aber weder für die Völker noch für die Zukunft Syriens hinnehmbar.“

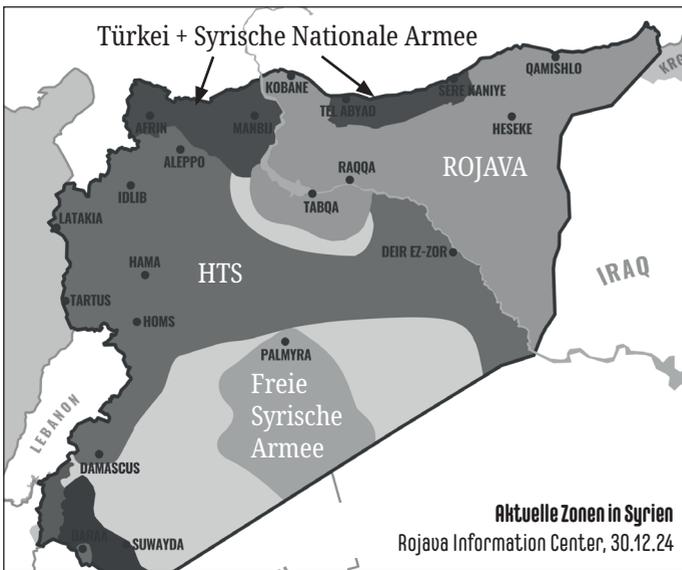
„Die QSD wurden geschaffen, um das Volk zu verteidigen“

Muslim erinnerte daran, dass die YPG, YPJ und QSD nicht nur die Kurd:innen verteidigen,

und fuhr fort: „Die QSD, YPG und YPJ sind nach 2011 als Folge der Angriffe auf unser Volk und unsere Errungenschaften entstanden. Wir haben uns organisiert, um uns auf unserem eigenen Grund und Boden zu verteidigen. Wenn man will, dass wir heute die Waffen niederlegen, ist das nur möglich, wenn die Bedrohungen beseitigt werden. Wenn die Angriffe auf unser Volk aufhören und entsprechende Zusicherungen gegeben werden, besteht kein Bedarf mehr an Waffen. Aber im Moment sind wir noch immer bedroht, und deshalb können wir unsere Verteidigung nicht aufgeben. Die Bedrohung der Sicherheit des kurdischen Volkes und auch die der arabischen, assyrischen, turkmenischen und aller anderen Bevölkerungsgruppen in der Region muss aufhören. Solange sich unsere Errungenschaften im Visier befinden, haben wir ein natürliches Recht, uns zu verteidigen.“

„Bisher kein direkter Kampf zwischen HTS und QSD“

Bisher habe es keine direkten Auseinandersetzungen zwischen QSD und HTS gegeben, sagte Muslim: „Sie haben mitgeteilt, dass sie die Kurden nicht angreifen würden. Bisher haben sie dieses Versprechen auch gehalten. Auf der anderen Seite greifen uns die von der Türkei kontrollierten Gruppen ständig an. Laut den



jüngsten Erklärungen der HTS sollen alle bewaffneten Kräfte in Syrien zusammengeschlossen werden. Wir lehnen das nicht völlig ab. Wir wollen auch nicht, dass Syrien zerfällt. Es ist jedoch nur möglich, wenn die Bedrohung unseres Volkes aufhört. Dscholani ist auch gegen die Präsenz türkisch geführter Gruppen und will sie auflösen. Wir können uns mit Dscholani einigen, wenn die Türkei ihre Finger von Syrien nimmt und ihre Spaltungsversuche einstellt.“

Diplomatie mit dem ENKS

Der Kurdische Nationalrat (ENKS) agierte bisher als Fortsatz des türkischen Geheimdienstes MIT. Dennoch ist Muslim auch hier um Gespräche bemüht: „Wir haben uns immer für die Einheit der Kurdinnen und Kurden einge-

setzt. Nur so können wir unsere Ziele erreichen und unsere Forderungen durchsetzen. Wir führen derzeit Gespräche mit dem ENKS. Der ENKS geht im Einklang mit der Türkei vor und lehnt uns ab. Es gab Treffen mit der Koalition und Mazlum Abdi, bei denen der ENKS und seine Forderungen vorgebracht hat. Wir planen, in der nächsten Zeit auch Gespräche mit anderen kurdischen Parteien zu führen. Unser Ziel ist es, in Damaskus mit einer Stimme zu sprechen. Wir wollen die Probleme mit der neuen syrischen Regierung lösen. Auch wir sind ein Teil Syriens und wollen in den Lösungsprozess einbezogen werden. Wir können gemeinsam Gesetze machen und alles auf eine formale Grundlage stellen. Die Lösung der Probleme im Dialog ist der beste Weg für uns alle.“

anfdeutsch.com, 25.12.24

DER POLITISCHE FILM

In der Reihe *Der politische Film* zeigt die AG Film im Taufkirchener Kinocafé die aktuelle Doku *Niemals allein, immer zusammen*:



9.1.25 | 20 Uhr
Kinocafé Taufkirchen
Niemals allein, immer zusammen

Filmemacherin Joana Georgi begleitet fünf Berliner Aktivist*innen ein Jahr durch ihren Alltag. Sie sind jung, idealistisch und organisiert. Sie engagieren sich bei „Fridays for Future“, „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“, kämpfen in der Berliner Krankenhausbewegung für bessere Care-Arbeit und setzen sich für die Aufarbeitung rassistisch motivierter Gewalt ein. In einer zunehmend polarisierten Welt zeigen sie Wege aus der politischen Lethargie.

► giks-dorfen.org/film

Es darf wieder gewählt werden

Anmerkungen zur vorgezogenen Bundestagswahl

Der Bruch der sog. Ampelkoalition kam nicht unerwartet. Mit dem Hinauswurf des FDP Finanzministers Lindner beendete Bundeskanzler Olaf Scholz eine von Teilen der FDP gezielt provozierte Situation. Wie auch immer. Die Widersprüche in der Koalition waren unerträglich geworden. Dazu kam noch der Wahlsieg von Trump in den USA, der für weitere Unruhe sorgte. Ausschlaggebend für den Bruch des Regierungsbündnisses dürften mehrere Faktoren gewesen sein. Durch die Politik der Schuldenbremse hatte man sich in ein Korsett begeben, das schnell zu eng wurde. Bei der Frage der Finanzierung der Krisen- und Kriegslasten gab es in der Regierung und in den sie tragenden Parteien divergierende Vorstellungen, die letztlich nicht mehr unter einen Hut zu bringen waren. Für die FDP hieß es nach den katastrophalen Ergebnissen bei den vorausgegangenen Landtagswahlen, den Stecker ziehen. Das sog. Lindner Papier sollte dem Gewürge der letzten Monate den Rest ge-

ben. Und so einigte man sich auf eine Misstrauensabstimmung und eine vorgezogene Bundestagswahl, die am 23. Februar stattfinden soll.

Bundestagswahl

Veranstaltung mit Diskussion

Näheres ab Anfang Februar auf www.agi-dorfen.org

Montag, 17.2.25, 19:30
GIKS, Kirchtorpl. 4, Dorfen

Die alte Regierung hat mehrere offene Baustellen hinterlassen. Da wäre z.B. die Kriegspolitik mit der von Scholz eingeleiteten Zeitenwende. Der Konflikt um den Ukrainekrieg geht ins dritte Jahr. Eine Lösung ist nicht absehbar. Dazu kamen die Kriege Israels nach dem Massaker der Hamas. Die deutsche Regierung stellte sich vorbehaltlos auf die Seite Israels, begründet mit einer Staatsräson. Die Bundesrepublik hat sich für eine massive Aufrüstungspolitik entschieden. Jetzt sollen auch die von der

NATO geforderten 2 Prozent des BIP (Bruttoinlandsprodukt) nicht mehr reichen. In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts stehen schwindelerregende Beträge für die Aufrüstung an, deren Finanzierung aus dem laufenden Haushalt nicht zu realisieren sind. Begleitet wird die Aufrüstung von einer Militarisierung im Innern. Als weitere Baustelle ist die marode Infrastruktur zu nennen. Erinnern wir uns.

Über Jahrzehnte haben die Regierungen in diversen Parteikonstellationen neoliberalen Konzepte umgesetzt. Das Erfolgsrezept hieß: Privatisierung. Die staatlichen Verwaltungen von Post und Eisenbahn wurden als kapitalistische Unternehmen privatrechtlich organisiert und Verwertungsinteressen unterworfen. Das Ergebnis sehen wir jetzt in verschiedenen Bereichen. Die Bahn ist marode und notorisch unpünktlich, der Zustand der Brücken besorgniserregend, immer mehr Kliniken sind pleite oder bereits geschlossen. Das sind nur einige Beispiele. Also auch

hier ist enormer Finanzbedarf. Können die Parteien, die diese Misere zu verantworten haben, für Abhilfe schaffen? Wer soll ihnen das glauben?

Auch die Klimapolitik steckt in einer finanziellen Sackgasse. In der öffentlichen Debatte nimmt sie nicht mehr den Stellenwert ein, den sie noch vor der letzten Bundestagswahl hatte. Sie müsste mit einer Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik verbunden werden. Diese ist ohne staatliche Anschubfinanzierung unrealistisch. Viele Jahre wurde gepredigt, der Staat solle sich aus der Wirtschaft heraushalten. Jetzt plötzlich wird der Ruf nach Staatsintervention immer lauter. Ja, was nun? Soviel ist klar, der Markt wird's nicht richten!

Und jetzt soll's eine neue Regierung richten

Geht man von den Umfragen aus, wird aller Voraussicht nach Friedrich Merz als Kanzlerkandidat von CDU und CSU eine neue Regierung basteln. Da es mit der Wunschpartei FDP, sofern die wieder in den Bundestag kommt, für die nötige Mehrheit nicht reichen wird, stehen die Sozialdemokraten und die Grünen im Angebot. Vielleicht reicht's für eine Zweierkoalition, das hängt aber vom Wahlergebnis der SPD ab. CDU/CSU und Grüne wäre dann die zweite Wahl, da diese Variante dem

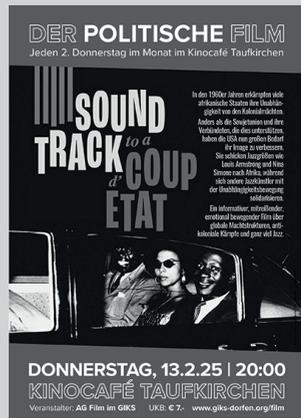
Söder suspekt ist. Aber das sind Animositäten, die man im Ernstfall vergessen kann. Schließlich stehen die Grünen im wahrsten Sinne des Wortes Gewehr bei Fuß. Und ob Merz das sog. Verteidigungsministerium mit Boris Pistorius (SPD), Roderich Kiesewetter (CDU) oder Anton Hofreiter (Grüne) besetzt, bleibt sich vom Ergebnis gleich. Für Kriegsfähigkeit geben alle drei ihr Herzblut.

Eine Regierung unter Friedrich Merz wird ihren Schwerpunkt auf Einsparungen setzen. Einsparungen weniger bei den sog. Leistungsträgern, d.h. Besserverdienenden und Besitzenden, vielmehr im unteren Segment, beginnend mit den Bürgergeldbeziehern, die man besonders im Blickfeld hat. Die Flüchtenden sowie so. Abräumen will man auch beim Sozialhaushalt, der von diesen Herrschaften gern als „überbordend“ diffamiert wird. Gegen eine signifikante Erhöhung der Kreditaufnahme spricht die 2009 ins Grundgesetz aufgenommene Schuldenbremse. Sicher würde sich auch eine Regierung mit CDU/CSU Führung nicht gegen eine Aufweichung dieser Bremse stemmen. Die Schuld dafür würde man einem Koalitionspartner aufhalsen. So geht das Spiel.

Und was ist mit der AfD? Auch sie ist eine neoliberale Partei, die der Aufrüstung verpflichtet ist. Sich darauf

DER POLITISCHE FILM

In der Reihe *Der politische Film* zeigt die AG Film den aktuellen Film *Soundtrack to a coup d'État* :



13.2.25 | 20 Uhr

Soundtrack to a coup d'État

In den 1960er Jahren erkämpfen viele afrikanische Staaten ihre Unabhängigkeit von den Kolonialmächten. Anders als die Sowjetunion und ihre Verbündeten, die dies unterstützen, haben die USA nun großen Bedarf ihr Image zu verbessern. Sie schicken Jazzgrößen wie Louis Armstrong und Nina Simone nach Afrika, während sich andere Jazzkünstler mit der Unabhängigkeitsbewegung solidarisieren. Ein informativer, mitreißender, emotional bewegender Film über globale Machtstrukturen, antikoloniale Kämpfe und ganz viel Jazz.

► giks-dorfen.org/film

zu verlassen, dass sie nicht eines Tages in die Regierungsverantwortung eingebunden wird, wäre fahrlässig. Die bereits löchrige Brandmauer kann schnell vom Tisch sein. Alles eine Frage der Zeit und der Erfordernisse..

Und was ist mit den Linken?

Bleiben also noch die Oppositionsparteien links von der Mitte. Im aktuellen Bundestag sind das die Abgeordneten der Partei Die Linke und des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW). Die Linke und das BSW haben wegen der Aufspaltung im Bundestag nur geringe Einflussmöglichkeiten. Bei den Umfragen der letzten Monate bewegte sich die Linke um die drei Prozent und das BSW zwischen vier und acht Prozent. Da die Linkspartei sich nicht darauf verlassen kann, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen, orientiert sie auf drei Direktmandate, die ihr den Einzug ermöglichen würden.

Sehr viel wahrscheinlicher ist der Einzug des BSW, das sich weder links noch rechts verortet. Warum docken trotzdem Linke beim BSW an? Dafür gibt es nachvollziehbare Gründe. Das BSW ist aktuell eine konsequente Friedenspartei. Sie lehnt Waffenlieferungen in Kriegsgebiete ab, was auf einige Politiker der Linkspartei, wie etwa Bodo

Ramelow, nicht zutrifft. Ob diese Position durchgehalten werden kann, wird die Zukunft zeigen. Das Problem der Linkspartei ist im Unterschied zum BSW nicht die Programmatik. Man kann sie an ihrem Handeln in bisherigen Regierungsbeteiligungen messen. Sie kann z.B. in Berlin, Brandenburg und Thüringen auf z.T. langjähriges Regierungshandeln zurückblicken. (teilweise noch als PDS).

Die Ergebnisse waren alles andere als erfreulich. Als Beispiel sei Berlin angeführt, wo die PDS von 2001 bis 2011 als Juniorpartnerin der SPD mitregierte. In diesen zehn Jahren wurden ca. 150 000 Wohnungen und tausende Grundstücke verkauft. „So spielte die Partei in Berlin die Rolle einer konstruktiven Mitgestalterin des Sozialabbaus und der neoliberalen Sparpolitik.“ (Fabian Nehring) Auch ab 2021 war die Linke wieder beteiligt und stimmte zu, den erfolgreichen Volksentscheid Deutsche Wohnen und Co enteignen, in eine Expertenkommission zu entsorgen. Was brachten der Linken die diversen Regierungsbeteiligungen? In Brandenburg hatte die PDS 2004 einen Stimmenanteil von 28 Prozent. Nach 20 Jahren und einer zehnjährigen Regierungsbeteiligung blieben gerade noch drei Prozent übrig. Wenn aktuell z.B. das BSW in Thüringen glaubt, unter der Regie eines CDU-Ministerprä-

sidenten substantiell etwas verändern zu können, kann das nur in die Rubrik Illusionen eingeordnet werden. Auch das Brandenburger Regierungsbündnis unter Aufsicht der SPD kann sich für das BSW nicht auszahlen. Der Berliner Senat, geführt von CDU und SPD, zeigt gerade, wie die sog. Politik der Haushaltskonsolidierung aussieht: Sparen, sparen, sparen. Und wo das nicht reicht, wird diese Konsolidierungspolitik kreativ umgesetzt, indem man Kredite nicht über den regulären Landeshaushalt laufen lässt.

Soll man also trotz vieler Bedenken BSW oder Die Linke wählen? Diese Frage muss letztlich jede/r für sich entscheiden. Ich habe bei der EU-Wahl BSW gewählt und werde bei der Bundestagswahl ohne große Begeisterung Die Linke wählen. Beim BSW verfestigt sich immer mehr eine repressive Flüchtlingspolitik nach dänischem Modell. Solange sich das nicht ändert, ist das BSW für mich nicht mehr wählbar. Käme Die Linke nicht in den Bundestag, wäre die Existenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefährdet. Das können wir uns nicht leisten. Eines ist bei dieser Wahl sicher: Wer SPD oder die Grünen wählt, bekommt mit großer Wahrscheinlichkeit Friedrich Merz als Kanzler. Warum sollte man sich das antun?

HE

Gegen den Kriegskurs

Unterstützen wir die Proteste gegen die NATO-„Sicherheitskonferenz“

Si vis pacem para bellum“ - „Wer den Frieden will, bereite den Krieg vor“ dürfte das Lieblingszitat aller „Zeitenwende“-Follower mit Hang zu Schlaumeier-Posen sein. Dass sowas funktioniert, man also mit Handlungen, die dem Ziel entgegengesetzt sind, zum Ziel kommt anstelle andersrum, kennt man ja schließlich aus dem täglichen Leben: Willst du ein Examen bestehen, fahre in Urlaub, willst du abnehmen, kaufe viele Lebensmittel, willst du harmonische Nachbarschaft, baue um dein Haus eine Mauer. Klingt nicht wirklich zielführend, oder?

Tatsächlich hat es noch keinen Krieg gegeben, der nicht vorbereitet wurde - durch Produktion von Waffen, durch Ausbildung von Soldaten, durch Schmiedung von Bündnissen, durch das Schaffen von Feindbildern und der Verschleierung der eigentlichen Kriegsziele.

Die jährliche sogenannte „Sicherheitskonferenz“ (ursprünglich „Wehrkundetaug“) in München ist eine

wichtige Plattform der Kriegsvorbereitung. Seit 1963 treffen sich hier führende Politiker und Militärs der NATO-Staaten mit Rüstungsindustriellen und Kriegsstrategen, um Interessen abzugleichen und dafür gemeinsame Durchsetzungsstrategien mit militärischen Komponenten zu entwickeln. Gegen diese Kriegskonferenz gibt es seit vielen Jahren aber auch Kritik und Proteste, insbesondere eine Großdemonstration am Konferenz-Samstag, die wir als AGI unterstützen. Für uns ist dabei nicht wichtig, dass wir mit jedem Satz und jeder Forderung im Aufruf oder mit jeder Parole auf der Demo völlig übereinstimmen. Wo manche lieber zuhause auf dem Sofa bleiben, weil sie nirgendwo dabei sein oder gesehen werden wollen, wo man z.B. vom ‚Genozid‘ in Gaza‘ spricht - wir verwenden den Begriff übrigens auch nicht, tolerieren ihn aber - wollen wir diese Gelegenheit nutzen, um einen Widerstand gegen die verheerende Militarisierung in Deutschland aufzubauen.

**Friedensfähig
statt kriegstüchtig**

**ANTI
SIKO
DEMO**

**SA, 15. FEB.
MÜNCHEN 2025
13⁰⁰ STACHUS**

www.sicherheitskonferenz.de
www.antisiko.de

**AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE
NATO-SICHERHEITSKONFERENZ**



Die wichtigsten Forderungen aus dem Aufruf:

- Waffenstillstand und Verhandlungen zur Beendigung aller Kriege!
- Keine Waffen in die Ukraine, nach Israel und in die Türkei!
- Stopp aller Waffenexporte!
- Keine Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland!
- Keine nukleare Teilhabe!
- Keine Beteiligung an Kriegen und keine Auslandseinsätze der Bundeswehr!
- Nein zur Wehrpflicht!
- Bundeswehr raus aus Schulen und Universitäten!
- Abrüstung statt Aufrüstung!
- Soziales rauf, Rüstung runter!
- Gegen die europäische Abschottungspolitik!

Kommt zur Antisikodemo am Samstag, 15. Februar um 13 Uhr am Stachus. Gemeinsame Zugfahrt ab Dorfen Bahnhof um 12:06

► www.antisiko.de

SB

Termine

Mehr Infos zu den Terminen sowie mögliche Aktualisierungen gibt's auf ► agi-dorfen.org/termine

3.1.25 | 18:00

Treffen Klimabündnis

Ort: GIKS, Kirchtorplatz 4

6.1.25 | 20:00

Arbeitstreffen der AGI

Ort: GIKS, Kirchtorplatz 4

7.1.25 | 18:00-19:30

Macht Geld glücklich?

Mythen und Fakten zu Armut und Reichtum (RLS)

Ort: Online/Zoom

9.1.25 | 20:00

Niemals allein, immer

zusammen - Doku in der Reihe ‚Der politische Film‘

Ort: Kinocafé Taufkirchen

► S. 3

11.1.25 | 14:00

Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel

- Kundgebung

Ort: München, Marienplatz

13.1.25 | 19:00

Offener Stammtisch der AGI

Ort: GIKS, Kirchtorplatz 4

15.1.25 | 19:00

Union Busting und Berufs-

verbote - Veranstaltung von GEW- und ver.di-Gruppen

Ort: München, EineWeltHaus

20.1.25 | 19:30

Die aktuelle Lage in Rojava und Syrien AGI-Veranstaltung mit Kerem Schamberger

Ort: GIKS, Kirchtorplatz 4

21.1.25 | 18:00-19:30

Macht Klimaschutz das Wohnen unbezahlbar?

Mythen und Fakten zur Wärmewende - Gespräch mit der Klima- und Energieexpertin Elisabeth Staudt (RLS)

Ort: Online/Zoom

27.1.25 | 20:00

Arbeitstreffen der AGI

Ort: GIKS, Kirchtorplatz 4

3.2.25 | 19:00

Offener Stammtisch der AGI

Ort: GIKS, Kirchtorplatz 4

6.2.25 | 18:00-19:30

Sind die Mieten noch zu bremsen? – Input von Andrej Holm (RLS)

Ort: Online/Zoom

10.2.25 | 18:00-19:30

Leben wie Gott in Frankreich? Mythen und Fakten zum Bürgergeld (RLS)

Ort: Online/Zoom

10.2.25 | 19:00

Arbeitstreffen der AGI

Ort: GIKS, Kirchtorplatz 4

13.2.25 | 20:00

Soundtrack to a coup d'État

Aktuelle Doku in der Reihe ‚Der politische Film‘

Ort: Kinocafé Taufkirchen

► S. 5

15.2.25 | 14:00

Demonstration gegen die Münchener Sicherheitskonferenz

Ort: München, Stachus

► S. 7

17.2.25 | 19:30

Veranstaltung zur Bundestagswahl Näheres ab Anfang Februar auf agi-dorfen.org

Ort: GIKS, Kirchtorplatz 4

24.2.25 | 19:00

Arbeitstreffen der AGI

Ort: GIKS, Kirchtorplatz 4



GIKS
Laden für Geschichte,
Internationalismus,
Kultur und Solidarität

Öffnungszeiten:
Freitag 15 bis 18 Uhr
und bei Veranstaltungen

Kirchtorplatz 4, Dorfen
www.giks-dorfen.org